

07.11.2022

## **PRESSEMITTEILUNG:**

### **ASTA der Universität Trier kritisiert Auswirkungen der Energiesparpolitik von Universität, Land und Bund**

Der Allgemeine Studierendenausschuss (ASTA) der Universität Trier, der die Interessen der ca. 11.000 Studierenden an der Universität vertritt, kritisiert die Auswirkungen der Energiesparpolitik, die sich seit dem 02. November unter anderem in der Einschränkung der Öffnungszeiten der Bibliothek zeigen. Fortan können Studierende an Campus I die Universitätsbibliothek an Wochentagen nur noch zwischen 08:00 Uhr bis 20:00 Uhr aufsuchen. Gerade das Wochenende ist von den neuen Öffnungszeiten stark betroffen. Samstags ist ein Besuch nur noch von 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr möglich, sonntags gar nicht mehr. An Campus II wirkt sich die Einschränkung noch gravierender aus. Dort ist den Studierenden das Arbeiten in der Bibliothek nur noch wochentags von 09:00 bis 17:00 Uhr möglich. Am Wochenende bleibt die Bibliothek an Campus II geschlossen. Die nun geltenden Regelungen führen zu massiven Nachteilen für Studierende, wie die zahlreichen Rückmeldungen aus der Studierendenschaft an den ASTA deutlich zeigen.

Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen ist nach Ansicht des ASTA mehr als fraglich. Die Energiekosten werden so lediglich auf die Studierenden umgelegt, die nun ihre Wohnungen länger heizen müssen. Zudem steht die Frage im Raum, inwieweit maßgeblich Energie durch das Einschränken der Öffnungszeiten eingespart werden kann - auch vor dem Hintergrund des anhaltenden Investitionsstaus an der Universität.

*“Vor diesem Hintergrund kann die Entscheidung nur als reine Symbolik auf Kosten der Studierenden interpretiert werden”, erklärt Kevin Mangrich, Sprecher des ASTA der Universität Trier. “Diese drastischen Einschränkungen der Bibliotheksöffnungszeiten sind in keiner Weise nachvollziehbar oder verhältnismäßig. Spätestens seit der Pandemie müsste den Verantwortlichen bekannt sein, dass drei Viertel der Studierenden einem Nebenjob nachgehen. Mit den neuen Öffnungszeiten wird nun genau diesen Studis, die nur abends*

*und am Wochenende die Möglichkeit hierzu haben, der Zugang zur Bibliothek verwehrt. Die prekäre finanzielle Situation von Studierenden wird wie in der Pandemie erneut ignoriert”, so Mangrich weiter.*

*“Wir sind sehr irritiert und bedauern es, dass wir als Studierendenvertretung bei einer solch einschneidenden Entscheidung, die vor allem die größte Statusgruppe der Universität betrifft, nicht einbezogen und vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Bei allem Verständnis zur Notwendigkeit, den Energieeinsparvorgaben von Bund und Land Rechnung zu tragen, zeigt diese Entscheidung, dass studentische Interessen kaum bis gar keine Rolle im Entscheidungsprozess gespielt haben. All das nach den Erfahrungen der Pandemie, in welcher sich vor allem Studierende konsequent solidarisch gezeigt haben und medial sowie mit Hinblick auf finanzielle Unterstützung im Regen stehen gelassen wurden.”* **ergänzt Susanna Hubo, stellvertretende Sprecherin des ASTA.**

**Der ASTA fordert daher die sofortige Einbeziehung studentischer Belange in weiteren Entscheidungen und eine Anpassung der aktuell geltenden Regelung.**

Die Kritik bezieht sich allerdings nicht nur auf den Entscheidungsprozess der Universität, stellt **Nils Claasen, Referent für Hochschulpolitik des ASTA klar:** *“Wir wissen natürlich, dass die Uni lediglich am Ende einer langen Reihe von Verantwortlichen steht. Bundes- und Landesregierungen müssen den Hochschulen deutlich stärker unter die Arme greifen und sie viel stärker auch finanziell bei der Bewältigung der Energiekrise unterstützen. Besonders in RLP werden sie aber weitestgehend allein gelassen. Das zuständige Ministerium scheint noch nicht mal koordinierend an der Krisenbewältigung mitzuwirken. Stattdessen stellt man harte Einsparvorgaben auf und lässt die Unis mit ihrem begrenzten Handlungsspielraum allein. Effiziente Gas- & Strompreisdeckel, Renovierungen und Dämmung der Gebäude, ordentliche Finanzierung der Studiwerke: Es braucht jetzt massive Investitionen in Entlastungsmaßnahmen und Hochschulstandorte, damit nicht nur diese ordentlich durch die Krise kommen, sondern auch die wirtschaftlich massiv belasteten Studierenden. Dass Hochschulen im Gegensatz zu anderen Bildungseinrichtungen wie Kitas und Schulen erneut in der Krise alleine gelassen werden, ist nicht tragbar.”*